

Reden allein ist zu wenig

Liechtenstein muss sparen – Nur gute Vorsätze reichen aber nicht

VADUZ – «Es gibt kein Tabu.» Seit über einem Jahr betont Regierungschef Klaus Tschütscher in schöner Regelmässigkeit, den angespannten Staatshaushalt mit einem drastischen Sparprogramm wieder ins Lot bringen zu wollen. Dass eine Sanierung des Budgets höchste Priorität haben muss, hat zuletzt die Präsentation der Landesrechnung am Mittwoch gezeigt: Das operative Ergebnis lag im vergangenen Jahr mit minus 65 Millionen Franken deutlich im negativen Bereich. Zum Vergleich: 2008 resultierte im operativen Bereich noch ein Ertragsüberschuss von 51 Millionen Franken.

Dass die Laufende Rechnung 2009 dennoch mit einem Plus von 59 Mio. Franken abschloss, war einzig und allein den internationalen Aktienmärkten zu verdanken. Die Börsen bleiben allerdings eine unberechenbare Grösse.

Um drastische Einsparungen wird Liechtenstein also nicht umhin kommen. Insgesamt haben Tschütscher und seine Finanzexperten einen strukturellen Sanierungsbedarf von 160 Millionen Franken geortet. Ohne Gegensteuern würde die Finanzierungslücke in fünf Jahren auf über 800 Millionen Franken ansteigen. Dies würde die staatlichen Reserven von derzeit 1,56 Milliarden Franken zu einem Grossteil auffressen.

Von diesem Ziel, 160 Millionen Franken pro Jahr einzusparen, ist die Regierung jedoch noch meilenweit entfernt. Die bisher in die Wege geleiteten Sparmassnahmen sind recht übersichtlich: Die Streichung der Förderungen für E-Bikes, die Reduzierung der Subventionen für Fotovoltaikanlagen oder die Kürzung des LBA-Staatsbeitrages. In Ausarbeitung

ist zudem das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Massnahmen bis Juni

Die richtig grossen Brocken, und damit die heissen Eisen, wurden bisher allerdings nicht angefasst. So stieg etwa der Personalaufwand in der Landesverwaltung von 2008 auf 2009 um 16 Millionen Franken auf 212 Mio. Fr. – das ist eine Zunahme von über 8 Prozent. Noch mehr Steuergeld floss im vergangenen Jahr aber in die Soziale Wohlfahrt – insgesamt 219 Mio. Franken und damit 23 Millionen mehr als noch 2008. In diesem Bereich wiederum entpuppte sich der Staatszustupf an die OKP als grosser Kostentreiber.

Nachdem nun ein Jahr lang über Sparmassnahmen hauptsächlich nachgedacht und geredet wurde, will Tschütscher dem Landtag zur Juni-

Sitzung nun wirklich eine Stossrichtung und konkrete Ziele vorschlagen. Mit der Rasenmäher-Methode wolle er beim Sparen zwar nicht vorgehen, erklärte der Regierungschef schon öfters, treffen soll es dennoch jeden. Es werde sicher «kein schmerzfreier Prozess», warnte er vor. «Wir müssen von der Luxuslösung zur Wohlstandslösung und dann zu einer verträglichen Lösung kommen.» Aber was heisst das im Klartext?

Im Raum stehen gravierende Einschnitte: So liessen sich etwa mit der Abschaffung der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) jährlich mehr als 10 Millionen Franken sparen. In der Schweiz wurde die Subvention dieser «Freizeitversicherung» bereits 1967 abgeschafft. Treffen könnte es aber auch die AHV- und IV-Bezüger. Wenn es tatsächlich keine Tabus gibt, dürfte die Regierung auch über die Abschaffung bzw. Reduzierung des Weihnachtsgeldes nachgedacht haben. Die Streichung des 13. Gehaltes bei Rentnern und IV-Bezügern brächte 6 Millionen Franken pro Jahr.

Der vor einer Woche präsentierte Gesundheitsbericht von Regierungsrätin Renate Müssner lässt ebenfalls erahnen, dass die Bevölkerung massgeblich zur Sanierung des Staatsbudgets beitragen wird müssen. So lautet eine Empfehlung der Gesundheitsexperten: «Die Franchise und der Selbstbehalt sind zu erhöhen. Dies ist letztlich der wirksamste und gleichzeitig einfachste Ansatz, um ein höheres Kostenbewusstsein zu schaffen und um Kosten zu dämpfen.» Geht es nach den Fachleuten, sollen die Staatsbeiträge an die OKP jährlich um mindestens 3 Millionen Franken gekürzt werden, «sodass sie im Jahr 2015 auf einem Niveau von 42 Mio. Franken zu liegen kommen». Momentan liegt der OKP-Zuschuss bei 57 Millionen Franken.

So weit, so allseits bekannt: Nun ist es allerdings höchste Zeit, dass die Politiker ihrer Aufgabe endlich nachkommen und die Theorie in die Praxis umsetzen. Denn mit Reden allein wurden Krisen zwar schon schön geredet – aber noch nie gemeistert.

Michael Benvenuti